

ANDREAS DIERS

LINKSSOZIALISMUS. URSPRÜNGE UND GESCHICHTE 1917–1989

EIN KURZER HISTORISCHER ABRISS

Im Zusammenhang mit der Fragestellung nach den historischen Wurzeln der Partei «Die Linke» und deren programmatischen Positionierung wird der Linkssozialismus von Politikerinnen und Politiker der Partei heute allgemein als eine sehr bedeutende Traditionslinie der Konzeption des *Demokratischen Sozialismus* angesehen.¹ Dabei ist es bislang wissenschaftlich jedoch durchaus noch umstritten, was unter Linkssozialismus verstanden werden kann, und ob der Linkssozialismus überhaupt als eine eigenständige Strömung innerhalb der sozialistischen Bewegung angesehen werden kann. Außerdem gibt es gegenwärtig auch noch keine Gesamtdarstellung der Entstehung sowie der anschließenden historischen und theoretischen Entwicklungen des Linkssozialismus.

Im Folgenden wird als Beitrag zur Klärung dieser Problematiken zum Einen der Versuch einer Bestimmung dahingehend unternommen, was unter dem Linkssozialismus verstanden werden kann. Zum Anderen wird in einem kurzen historischen Abriss mehr beschreibend als analysierend auch dargestellt, wie und warum der Linkssozialismus entstanden ist und wie er sich in einigen Ländern historisch entwickelt hat. Eine kritische Bewertung der jeweiligen historischen Entwicklungen des Linkssozialismus sowie eine Analyse und Berücksichtigung der ihnen wesentlich zu Grunde liegenden sozio-ökonomischen, historischen und politischen Gegebenheiten erfolgt hierbei nur am Rande.

Abschließend wird der vorläufige Versuch unternommen, wesentliche aktuelle und allgemeine linkssozialistische politische Grundpositionen zu kennzeichnen. Dieser Versuch ist hier auf die politischen Grundpositionen beschränkt. Die grundlegenden Positionen der Linkssozialistinnen und Linkssozialisten in den philosophischen, ökonomischen, historischen, juristischen sowie in anderen Bereichen bleiben hier unberücksichtigt.

Die vorliegende überblicksartigen Untersuchungen und Darstellungen des Linkssozialismus sind dabei auf Deutschland, bzw. nach 1949 auf die BRD, auf Österreich sowie auf einige angrenzende Länder in «West»-Europa bis zum Jahr 1989

beschränkt. Die ebenso wichtigen und interessanten historischen sowie theoretischen Entwicklungen des Linkssozialismus in den anderen Ländern und die Entwicklungen ab dem Jahr 1989 unter angemessener Berücksichtigung der oben genannten Gegebenheiten bleiben weiteren Untersuchungen, sowie einer anzustrebenden Gesamtdarstellung vorbehalten.

WAS IST LINKSSOZIALISMUS?

Was unterscheidet den Linkssozialismus wesentlich von den zahlreichen anderen theoretischen und politischen Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung, z. B. vom Kommunismus oder von der Sozialdemokratie?

Über die Definition des Linkssozialismus herrscht keine einhellige Auffassung. Für einige Autoren ist schon der Begriff eine bloße Tautologie – ihrer Ansicht nach ist jeder Sozialismus per se links, oder er ist kein Sozialismus.² Trotzdem befürworten diese Autoren die Verwendung des Begriffes Linkssozialismus, da er sich eingebürgert habe. Dieser Auffassung kann prinzipiell gefolgt werden. Die theoretischen und praktisch-politischen Unterschiede innerhalb der sozialistischen Bewegung herauszuarbeiten, «kann davor schützen, diese Differenzen aus partei- oder wissenschaftsegoistischen Interessen kurzerhand einfach zu negieren.»³ Der Linkssozialismus ist in der Arbeiterbewegung als eine eigenständige Richtung zu betrachten.⁴

1 Siehe beispielhaft das Vorwort von Lothar Bisky in dem Sammelband von Klaus Kinner (Hrsg.): DIE LINKE – Erbe und Tradition. Teil 1: Kommunistische und sozialdemokratische Wurzeln; Berlin 2010. **2** Siehe Uwe Arndt u. a.: Die Demokratischen Sozialisten. Von der Schwierigkeit der Bildung einer linkssozialistischen Partei; Frankfurt am Main 1990, S. 197. Max Adler differenziert schon 1932 in einem nach wie vor immer noch sehr lesenswerten Artikel zwischen einem «rechten» und einem «linken» Sozialismus; Max Adler: Die historische Funktion des Linkssozialismus, in: Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift, 1932, Heft 2, Februar, S. 71–76. Der generelle Unterschied zwischen diesen beiden Strömungen im Sozialismus besteht nach Ansicht Adlers dabei in dem «... Gegensatz einer reformistischen zur klassenrevolutionären Auffassung des Emanzipationskampfes des Proletariats, des Weges zum Sozialismus.» (S. 72) **3** Michael Franzke/Uwe Rempe (Hrsg.): Linkssozialismus. Texte zur Theorie und Praxis zwischen Stalinismus und Sozialreformismus; Leipzig 1998, S. XIII. **4** So auch Helmut Konrad: Der Linkssozialismus – eine eigenständige Position?, in: Peretz Merchav: Linkssozialismus in Europa zwischen den Weltkriegen; Wien 1979, S. XI–XXVI, hier S. XXIV.

Schon seit dem «Revisionismusstreit» in der deutschen und internationalen Sozialdemokratie an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert waren die ersten grundlegenden theoretischen und politischen linkssozialistischen Konzeptionen im Wesentlichen erkennbar: Es besteht in der dialektischen Auffassung des Verhältnisses von Reform und Revolution, von Demokratie und Diktatur, die als eine antirevisionistische *und* antidogmatische marxistische Position zunächst vielen sozialdemokratischen, nach 1918 auch kommunistischen Parteien in der Theorie und in der praktischen Politik widersprach. Linkssozialistinnen und Linkssozialisten waren Gegner einer ausschließlich reformistischen Politik und kämpften gegen Antikommunismus und Antibolschewismus als politisches Disziplinierungsmittel der Arbeiterbewegung. Zugleich kritisierten sie die einengende Verpflichtung auf verbindliche historische Vorbilder bei der revolutionären Veränderung der Gesellschaft und traten für demokratische Diskussionsprozesse ein. Sie saßen so häufig, ja fast immer zwischen allen Stühlen in den Parteien der Arbeiterbewegung.⁵ Die theoretischen, die ökonomischen, die philosophischen und die politischen Konzeptionen der Linkssozialistinnen und Linkssozialisten zeichnen sich seit dem Revisionismusstreit dadurch aus, dass sie sowohl die politischen als auch weltanschaulich-philosophischen Positionen des Sozialreformismus kritisierten und sich mit ihnen auseinandersetzten.⁶

DIE URSPRÜNGE LINKSSOZIALISTISCHEN DENKENS BIS 1917

In Deutschland können drei Phasen des Linkssozialismus unterschieden werden:

1. Die Herausbildung und Entwicklung als die theoretische und politische Strömung in der Sozialdemokratie;⁷
2. Die theoretische, politische und organisatorische Verselbständigung;⁸
3. Die organisatorische Selbständigkeit als eigenständige Parteien.⁹

Am Ende der 80er- und zu Beginn der 90er-Jahre des 19. Jahrhunderts hatten sich marxistische Auffassungen im internationalen Maßstab als dominierende Ideologie in der Arbeiterbewegung weitgehend durchgesetzt. Die Parteitage in zahlreichen Ländern und die dort beschlossenen Programme sowie die Gründung der *Zweiten Internationale* 1889 drückten diesen Entwicklungsprozess aus. Zugleich behaupten sich noch andere Auffassungen innerhalb der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung, «und zwar anarchistische Positionen links und der ganze Komplex der christlichen Arbeiterbewegung rechts von der offiziellen Linie».¹⁰ Die offizielle, die «parteiamtliche» Version des Marxismus der Sozialdemokratie war jedoch weitgehend eine stark vergrößerte und zum Teil dogmatisch verknöcherte Variante der Erkenntnisse von Marx und Engels gewesen. Vor allem das Verständnis für das dialektische Verhältnis von Reform und Revolution war fast vollständig verloren gegangen. Es hatte sich «eine weitgehend mechanistische Auffassung vom historischen Ablauf der gesellschaftlichen Formationen durchgesetzt, für die die Verantwortung wohl in erster Linie bei Karl Kautsky zu suchen sein dürfte.»¹¹ Besonders die SPD-Führer beschränkten die revolutionäre Haltung praktisch auf eine abstrakte Interpretation der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Dadurch entstand in

der Sozialdemokratie ein Bruch: Auf der einen Seite hielt sie grundsätzlich an der revolutionären Änderung des Gesellschaftssystems fest, die sich in Zukunft irgendwann einmal als historische Notwendigkeit automatisch vollziehen würde. Andererseits galt es, die materielle, geistige, juristische und politische Situation der Arbeiterklasse durch das Erkämpfen von Reformen zu verbessern. Die notwendige grundlegende und revolutionäre Gesellschaftsänderung trat mehr und mehr in den Hintergrund.

Mit ihrer Kritik am Revisionismus von Eduard Bernstein entwickelte Rosa Luxemburg als Erste einen Ansatz für eine linkssozialistische politische Konzeption. Dieser bestand in der Wiederentdeckung und Betonung des Zusammenhangs von Reform und Revolution: «Stets diente [...] im Laufe der Geschichte die gesetzliche Reform zur allmählichen Erstarbung der aufstrebenden Klasse, bis [diese] sich reif genug fühlte, die politische Macht zu erobern und das ganze bestehende Rechtssystem umzuwerfen, um ein neues aufzubauen.»¹² Dieser «revolutionäre Reformismus» war eine linkssozialistische Antwort auf den Revisionismus und die mechanistischen Revolutionserwartungen, die ein Schablonendenken und die jeweiligen konkreten historischen Rahmenbedingungen negierenden Textexegesen der «Klassiker» ablehnte.¹³

DIE ENTWICKLUNG IN DEN JAHREN 1917 BIS 1933

Nach der ideologischen und organisatorischen Spaltung der Arbeiterbewegung sowie nach dem Anschluss großer Teile der linken Strömungen an die 1919 gegründete *Kommunistische Internationale* entwickelten sich internationale linkssozialistische Strömungen teils innerhalb der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien, teils als selbständige Organisationen. Im Folgenden wird hinsichtlich der Jahre 1917 bis 1945 auf die Entwicklungen in Deutschland und Österreich eingegangen. Die Entwicklungen in den anderen Ländern bleiben weiteren und umfassenden Analysen und Darstellungen vorbehalten.¹⁴

In Österreich, wo sich lediglich kleinere Gruppen zur *Kommunistischen Partei* konstituierte, behielt die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs* (SDAP) ihre dominierende Stellung, «in ihr agierte bald eine bedeutende linke Strömung, die durch Otto Bauer, Max Adler, zeitweilig und bedingt durch Friedrich Adler, Julius Deutsch, Käthe und Otto Leichter, Ilona Duczynska-Polanyi, Oskar Pollak, Therese Schlesinger u. a. repräsentiert wurde»¹⁵.

⁵ Siehe dazu Ebenda. ⁶ Siehe auch Franzke/Rempe, Linkssozialismus, S. XI. ⁷ Diese erste Phase begann im September 1898 mit einer Artikelserie von Rosa Luxemburg in der «Leipziger Volkszeitung» zum Revisionismusstreit in der SPD. Die Artikel sind 1899 in der Broschüre «Sozialreform oder Revolution» zusammengefasst worden. Siehe Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution, in: Dies.: Gesammelte Werke, Bd. 1, Erster Halbband., Berlin 1982, S. 369–445. ⁸ Diese Phase begann am 4. August 1914, als nach der Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten auf Initiative von Rosa Luxemburg die «Gruppe Internationale» entstand. ⁹ Die dritte Phase begann mit der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) am 6. April 1917. ¹⁰ Konrad, Der Linkssozialismus, S. XII. ¹¹ Ebenda. Die verkürzte und mechanistische Auffassung einer materialistischen Geschichtsauffassung kommt in den zahlreichen historischen Schriften von Karl Kautsky seit 1890 zum Ausdruck, siehe besonders Karl Kautsky: Die materialistische Geschichtsauffassung (2 Bände; Bd. 1: Natur und Gesellschaft, Bd. 2: Der Staat und die Entwicklung der Menschheit), Berlin 1927. Zu Karl Kautsky siehe Harald Koth: Meine Zeit wird wieder kommen. Das Leben des Karl Kautsky, Berlin 1993. ¹² Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Band 1/1, Berlin 1987, S. 427. ¹³ Dazu siehe: Konrad, Der Linkssozialismus, S. XIII–XIV. ¹⁴ Einen Überblick über die Entwicklungen in einigen europäischen Ländern gibt Merchav, in: Merchav, Linkssozialismus, S. 1–99.

Die ihrer Mitgliederzahl und ihrem politischen Einfluss nach in Deutschland bedeutendste Partei, die zumindest ansatzweise als eine linkssozialistische Partei bezeichnet werden kann, war in den Jahren 1917 bis 1922 die *Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands* (USPD).¹⁶ Dieser Partei gehörte zeitweise die *Spartakusgruppe*, bzw. der *Spartakusbund* um Rosa Luxemburg, August Thalheimer¹⁷, Franz Mehring, Wilhelm Pieck, Leo Jogiches, Clara Zetkin, Julian Marchlewski und Karl Liebknecht an, bis der Spartakusbund zusammen mit anderen linken Organisationen am 31. Dezember 1918/1. Januar 1919 die *Kommunistische Partei Deutschlands* (KPD) gegründet hat.¹⁸

Die USPD ist in den Jahren 1919 und 1922 zwischen der KPD und der SPD aufgerieben worden. Der zahlenmäßig kleinere Teil, der sich auf dem Hallenser Parteitag 1920 dem Anschluss an die Komintern widersetzt hatte, schloss sich mit Ausnahme der Gruppe um Georg Ledebour und Theodor Liebknecht 1922 wieder der SPD an.¹⁹ Bis 1931 existierte die USPD als Splittergruppe weiter und schloss sich dann der *Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands* (SAPD) an. Vor dem Anschluss 1922 an die SPD war noch die *Kommunistische Arbeitsgemeinschaft* (KAG) mit Paul Levi²⁰ an der Spitze in die USPD eingetreten. Die ehemaligen Mitglieder dieser beiden Organisationen bildeten den Kern einer neuen Linken innerhalb der reformistischen SPD. Dazu können neben Levi u. a. Kurt Rosenfeld, Heinrich Ströbel, Tony Sender, Robert Dißmann, Max und Ruth Seydewitz, Siegfried Marck, Fritz Sternberg, Karl Böchel, Arkady Gurland, Ernst Eckstein, Maria Rausch gezählt werden.²¹

Das Hauptfeld der Auseinandersetzungen zwischen SozialdemokratInnen, LinkssozialistInnen und KommunistInnen um die Staats- und Demokratieauffassung war von Anfang an die Stellung zur Oktoberrevolution und zur Sowjetmacht in der UdSSR.

Nach der Oktoberrevolution 1917 sollte im Selbstverständnis der Sozialdemokratie das Konzept eines Demokratischen Sozialismus einen Dritten Weg zum Aufbau einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus auf der einen und der «Diktatur des Bolschewismus» auf der anderen Seite aufzeigen.²²

Der bei weitem größte Teil der kommunistischen Bewegung in Deutschland wie auch weltweit ging demgegenüber nach den Erfahrungen der mit Hilfe der Sozialdemokratie durch die Konterrevolution blutig niedergeschlagenen Räterepubliken in Ungarn, Bremen, Bayern, der Slowakei, der Novemberrevolution in Deutschland und der Entwicklung in Österreich bald nach der Oktoberrevolution vom sowjetischen Modell als dem einzig möglichen und verbindlichen aus. Das stand im Widerspruch zur marxistischen Methodologie. Eine Ausnahme bildeten einige wenige kritische Kommunistinnen und Kommunisten, die sich in Deutschland 1928 in der *Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)* (KPD [O]) und international in der *Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition* organisierten.

Auch die Linkssozialistinnen und Linkssozialisten lehnten die kritiklose Glorifizierung der Entwicklung in der UdSSR durch die kommunistischen Parteien ab. Sie übernahmen dabei gleichzeitig die auch von Otto Bauer und Friedrich Adler vertretene Position «Hände weg von Sowjetrußland!». Auf der Grundlage dieses solidarischen Bekenntnisses zur Sowjetunion entwickelten sie ihre zum Teil sehr kritischen Positionen zur inneren Verfasstheit der Sowjetunion und der KPdSU, be-

sonders zu den immer deutlicher werdenden stalinistischen Verkrustungen und Pervertierungen.

Die LinkssozialistInnen im 20. Jahrhundert waren – wie schon Karl Marx und Friedrich Engels im 19. Jahrhundert – zwar generell der Auffassung, dass sowohl eine bestimmte Stufe der industriellen kapitalistischen und zivilisatorischen Entwicklung sowie die Konstituierung der Arbeiterklasse zur dominierenden und zahlenmäßig stärksten Klasse der Gesellschaft notwendig ist, um die sozialistische Revolution erfolgreich durchführen und anschließend den Sozialismus aufbauen zu können. Aber die Verteidigung dieser generellen marxistischen Position diente ihnen nicht der prinzipiellen Ablehnung oder gar Verteufelung des bolschewistischen Versuchs.

Hier wird der Unterschied zwischen dem orthodoxen Marxismus eines Kautsky und der Marxismusauffassung der LinkssozialistInnen deutlich. Zahlreiche SozialdemokratInnen um Karl Kautsky verurteilten auf der Grundlage ihres Verständnisses der marxistischen Geschichtsauffassung die Oktoberrevolution und die UdSSR prinzipiell «als falsch, verfrüht, im Grunde antisozialistisch und lehnten sie vehement ab.»²³

Die meisten LinkssozialistInnen hielten es im Gegensatz zu dieser Auffassung für möglich, dass unter bestimmten Voraussetzungen der Aufbau des Sozialismus mit einer despotischen Herrschaft beginnen kann. Sie lehnten es ab, die beginnende Entwicklung hin zum Sozialismus wegen eines abstrakten Begriffs der Demokratie preiszugeben, und gingen davon aus, dass sich der mit einer despotischen Phase beginnende Sozialismus später zu einem demokratischen System wandeln, liberalisieren und reformieren werde.

15 Heinz Niemann: Linkssozialismus in der Weimarer Republik. Anmerkungen zu Konzept und Politik eines «dritten Weges», in: UTOPIE kreativ, 1999, Heft 107, S. 11–22, hier S. 15. Zur SDAP und den in ihr vorhandenen verschiedenen Strömungen des Austromarxismus gibt es zahlreiche Untersuchungen und Darstellungen, wie z. B. das Stichwort «Austromarxismus» im «Historisch Kritischen Wörterbuch Marxismus» (HKWM). Siehe ferner vor allem: Christoph Butterwegge: Austromarxismus und Staat. Politiktheorie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie zwischen den beiden Weltkriegen, Marburg 1991; Ilias Katsoulis: Sozialismus und Staat. Demokratie, Revolution und Diktatur des Proletariats im Austromarxismus, Meisenheim am Glan 1975; Georg Fischer/Peter Rosner: Politische Ökonomie und Wirtschaftspolitik im Austromarxismus, Wien 1987; Norbert Leser: Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, Wien-Frankfurt-Zürich 1968; Peter Kulemann: Am Beispiel des Austromarxismus. Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur, Hamburg 1979.

Zu Otto Bauer siehe Detlev Albers/Josef Hindels/Radice Lombardo (Hrsg.): Otto Bauer und der «Dritte Weg». Die Wiederentdeckung des Austromarxismus durch LinkssozialistInnen und EuroKommunistInnen, Frankfurt am Main-New York 1979. Zu Max Adler siehe Alfred Pfabigan: Max Adler. Eine politische Biographie, Frankfurt am Main – New York 1982; auch Max Adler: Ausgewählte Schriften (Hrsg. Norbert Leser/Alfred Pfabigan), Wien 1981. Sehr kritisch bewertet die Rolle von Otto Bauer und Max Adler in der Arbeiterbewegung Peter Goller: Otto Bauer – Max Adler. Beiträge zur Geschichte des Austromarxismus (1904–1938), Wien 2008. **16** Zur Geschichte der USPD siehe u. a. Hartfried Krause: USPD, Frankfurt a. M. 1975; David W. Morgan: The Socialist Left and the German Revolution: A History of the German Independent Social Democratic Party, 1917–1922, Ithaca-London 1975; Robert F. Wheeler: USPD und Internationale – Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt a. M. 1975; Curt Geyer/Wolfgang Benz/Hermann Graml: Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD, Stuttgart 1982; Eugen Prager: Das Gebot der Stunde. Geschichte der USPD, Bonn 1982; Dieter Engelmann: Die Nachfolgeorganisationen der USPD, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG); 1991, H. 1, S. 37–45; Dieter Engelmann/Horst Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917–1922, Berlin 1993. **17** Zu August Thalheimer siehe Jürgen Kaestner: Die politische Theorie August Thalheimers, Frankfurt a. M. 1982; Theodor Bergmann/Wolfgang Haible: Die Geschwister Thalheimer. Skizzen ihrer Leben und Politik, Mainz 1993; Harald Jentsch: Die politische Theorie August Thalheimers 1919–1923, Mainz 1993. **18** Die Rolle des Spartakusbundes bei Gründung und Entwicklung der USPD hat Ottokar Luban kritisch analysiert, siehe: Ottokar Luban: Die Rolle der Spartakusgruppe bei der Entstehung und Entwicklung der USPD Januar 1916 bis März 1919, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2008, H. 2, S. 69–76. **19** Siehe dazu: Helmut Arndt: Die Formierung der Linken in der VSPD zwischen Nürnberger und Heidelberger Parteitag (1922–1925), in: Heinz Niemann: Auf verlorenem Posten? Linkssozialismus in Deutschland, Berlin 1991, S. 12–20. **20** Levi war wegen der Veröffentlichung seiner kritischen Schrift «Unser Weg. Wider den Putschismus» im April 1921 aus der KPD ausgeschlossen worden. **21** Siehe Niemann, Linkssozialismus, S. 15. **22** Einen groben, aber insgesamt recht brauchbaren Überblick über die Theorie und Praxis des «Demokratischen Sozialismus» in der Weimarer Republik gibt Franz Ritter: Theorie und Praxis des Demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik; Frankfurt am Main/New York 1981. **23** Niemann, Linkssozialismus, S. 16.

In der deutschen und internationalen Sozialdemokratie wurde in den 20er- und 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts immer mehr eine abstrakte «Demokratie» als Weg, Mittel und Ziel der Arbeiterbewegung angesehen. Der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit wurde in der Sozialdemokratie immer mehr durch einen abstrakten Antagonismus von Demokratie und Diktatur ersetzt, der Sozialismus weitgehend zu einer «Vision ohne theoretische Substanz und ohne praktischen Bezug zur verfolgten Gesellschaftsstrategie und Tagespolitik».²⁴

Zwar haben in dieser Zeit in Deutschland noch einige führende SozialdemokratInnen (etwa Eduard Bernstein, Rudolf Hilferding) und Gewerkschafter (z. B. Theodor Leipart, Fritz Naphtali) mit dem Konzept der Wirtschaftsdemokratie²⁵ an einer Variante des «Dritten Weges» festgehalten. Aber tatsächlich wurde in den Jahren der Weimarer Republik fast nur von LinkssozialistInnen in Deutschland und linken Austromarxistinnen und Austromarxisten in Österreich über einen neuen «Dritten Weg» zum Sozialismus nachgedacht und teilweise heftig gestritten. Den Linkssozialistinnen und Linkssozialisten, darunter Paul Levi, Kurt Rosenfeld, Wolfgang Abendroth, Henryk Grossmann, ging es bei den Auseinandersetzungen mit anderen politischen Strömungen in der Arbeiterbewegung nicht nur um Wege und Formen der Demokratisierung der Wirtschaft bis zur Umwandlung privatkapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum und Gemeineigentum, sondern darüber hinaus um die Grenzen der bürgerlichen Demokratie und den Charakter von Macht und Herrschaft im bürgerlich-demokratischen Staat. Sie stritten gleichzeitig vehement um das Parteienkonzept, um eine breite Bündnis- und Koalitionspolitik, um die Rolle der Gewerkschaften sowie um Wehr- und Abrüstungsfragen. Zwischen den linken Austromarxisten in Österreich und den deutschen LinkssozialistInnen gab es viele Gemeinsamkeiten, aber auch beträchtliche Unterschiede. Die größte Differenz bestand in der Staats- und der Machtfrage. Während Otto Bauer und seine Anhänger «viel angestrongter über Formen und Wege des Herankommens und des allmählichen, von einer breiten demokratischen Unterstützung getragenen parlamentarischen Übergangs an die Macht nachdachten», drängten die Verhältnisse in Deutschland die deutschen LinkssozialistInnen dazu, «in der Machtfrage eine radikalere Position für notwendig und richtig zu halten».²⁶

Den Erfordernissen eines linkssozialistischen und gleichzeitig realistischen strategischen und taktischen Konzepts kam in Deutschland das Programm der *Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands* (SAPD)²⁷ von 1932 am nächsten. Es kann als Kernstück des damaligen strategischen Denkens über einen «Dritten Weg» für das Herankommen an eine sozialistische Gesellschaft angesehen werden.²⁸ Die SAPD wurde im Frühjahr 1932 gestärkt durch den Übertritt einer Minderheit der KPD(O)-Mitglieder um Jacob Walcher, Paul Frölich und August Enderle,²⁹ die in der folgenden Zeit maßgeblichen Einfluss auf die theoretische Entwicklung und auf die Politik der SAPD nahmen.

Der immer stärker werdende Faschismus führte teilweise zu einer Radikalisierung des Linkssozialismus in Deutschland. Bei den deutschen LinkssozialistInnen gewann der Österreicher Max Adler wachsenden Einfluss. Ihm ging es um den Nachweis des bürgerlichen Klassencharakters einer lediglich politischen Demokratie. Diese Demokratie blieb für ihn eine

bloß formale, wenn sie nicht zu einer *sozialen Demokratie* weiterentwickelt würde. Die faschistische Gefahr führte Anfang 1933 in der SAPD zu Auseinandersetzungen, die Mehrheit des Parteivorstandes um Kurt Rosenfeld und Max Seydewitz befürwortete die Auflösung der Partei und den Eintritt der Mitglieder in die SPD und in die KPD. Dem Auflösungsaufruf, dem sich der linke Flügel widersetzte, schloss sich von den damals etwa 15.600 Mitgliedern lediglich ein knappes Zehntel an. Die linke Strömung in der SAPD um Paul Frölich und Jakob Walcher, Fritz Sternberg und Klaus Zweiling sowie die Leitung des Jugendverbandes der Partei, hielt den Aufbau einer neuen revolutionären Partei und einer neuen kommunistischen Internationale für politisch sinnvoll. In diesem Zusammenhang führten diese Linken, die sich dem sogenannten *Londoner Büro*, einer Vereinigung linkssozialistischer und unabhängiger kommunistischer Parteien,³⁰ angeschlossen hatten, 1934 Fusionsverhandlungen mit der trotzkistischen *Internationalen Kommunistischen Liga* (der so genannten 4. Internationale).

DIE ENTWICKLUNGEN IN DEN JAHREN 1933–1945

Seit dem Machtantritt des Faschismus in Deutschland arbeiteten LinkssozialistInnen verschiedener Organisationen in der Illegalität. Vielen war bewusst, dass es sich beim Faschismus nicht nur um eine kurze historische Episode handelt, und sie stellten ihre Strategie und Taktik auf einen langen Kampf ein. Im antifaschistischen Widerstand orientierten sie sich nicht auf Massenaktionen, sondern auf konspirative Aktionen und darauf, Kerne der Arbeiterbewegung zu gewinnen. Dadurch gelang es der SAPD, den *Revolutionären Sozialisten Deutschlands* (RSD), der Gruppe *Neu Beginnen*, der KPD(O) und anderen Zwischengruppen in den Jahren bis 1936, ihre Strukturen vor der Gestapo zu verbergen. Sie waren dabei erfolgreicher als die Massenparteien SPD und KPD und haben in dieser Zeit weniger Mitglieder verloren als diese.³¹ Viele ihrer Mitglieder mussten emigrieren, in Deutschland gebliebene wurden verhaftet und in Zuchthäuser oder Konzentrationslager gesperrt. Einige, so Ernst Eckstein und Franz Bobzien, wurden ermordet.

1937/38 wurden die meisten Strukturen der linkssozialistischen Organisationen in Deutschland zerschlagen. Zugleich

²⁴ Ebenda, S. 13. ²⁵ Siehe dazu Fritz Naphtali (Hrsg.): *Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel*, Berlin 1928; Klaus Novy: *Strategien der Sozialisierung. Die Diskussion der Wirtschaftsreform in der Weimarer Republik*, Frankfurt a.M.-New York 1978; Ulla Plener: *Wirtschaften fürs Allgemeinwohl – Weg zur sozialen Gerechtigkeit. Zur Geschichte und Aktualität der sozialdemokratischen Ur-Idee: Wirtschaftsdemokratie*, Berlin 2006. ²⁶ Niemann, *Linkssozialismus*, S. 15–16. *Zu dieser Problematik ausführlich: Butterwegge, Austromarxismus und Staat*, S. 295–427. ²⁷ Zur SAPD siehe Hanno Drechsler: *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik*, Hannover 1983; Heinz Niemann: *Gründung und Entwicklung des SAP bis zum I. Parteitag (1931–1932), Der I. Parteitag der SAP. Ausbruch und Verlauf der innerparteilichen Krise bis zur Auflösung der Partei*, in: Heinz Niemann: *Auf verlorenem Posten?*, S. 97–182. ²⁸ Siehe zur Programmatik die *Prinzipienerklärung der SAPD*, in: Heinz Niemann: *Auf verlorenem Posten?*, S. 286–293. ²⁹ Zur KPD(O) siehe Karl Hermann Tjaden: *Struktur und Funktion der «KPD-Opposition» (KPO)*, Meisenheim am Glan 1964; Jens Becker: *Der Widerstand der KPD-O im Faschismus*, Mainz 1992; Paul Elflein: *Immer noch Kommunist?*, Hamburg 1978; Jürgen Kaestner (Hrsg.): *Gegen den Strom: KPD-Opposition – Ein Kolloquium zur Politik der KPO (1928–1945)*, Frankfurt a.M. 1984; Isaac Abusch: *Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen KommunistInnen*, Mainz 1994; Theodor Bergmann: *«Gegen den Strom»*. Die Geschichte der KPD (Opposition); Hamburg 2001. ³⁰ Ihm gehörten unter anderem die spanische Arbeiterpartei der Marxistischen Einheit (Partido Obrero de Unificación Marxista – POUM), die britische Unabhängige Arbeiterpartei (Independent Labour Party – ILP) sowie die niederländische Revolutionäre Sozialistische Partei (Revolutionair Socialistische Partij – RSP) und die Unabhängige Sozialistische Partei (Onafhankelijk Socialistische Partij – OSP) an. ³¹ Siehe Hans Rainer Sandvoß: *Die «andere» Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945*, Berlin 2007, S. 169–271.

verschärften sich in dieser Zeit – bedingt vor allem durch die stalinistische Entwicklung der UdSSR – die politischen Differenzen unter den LinksozialistInnen. 1937 wurde eine Gruppe von Mitgliedern der SAPD um Erwin Ackerknecht, Walter Fabian und Peter Blachstein aus der Partei ausgeschlossen, die die Gruppe *Neuer Weg* gründeten.

Während des Spanischen Bürgerkrieges hatten zahlreiche LinksozialistInnen auf der republikanischen Seite gekämpft, im Zweiten Weltkrieg in den antifaschistischen Widerstandsbewegungen Griechenlands, Frankreichs und anderer Länder. Allerdings brachen nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges die Kontakte zwischen den Exilvorständen bzw. den Exilgruppen mit den noch aktiven Untergrundgruppen in Deutschland weitgehend zusammen. In den Exilstrukturen zeigten sich Tendenzen der Auflösung (so zerbrach die Exilleitung der SAPD in rivalisierende Gruppen um Jakob Walcher und Paul Frölich). Einige linksozialistische Organisationen näherten sich wieder der SPD an, so die Gruppen der SAPD in Schweden, in Großbritannien schlossen sich die Mitglieder der SAPD 1941 der *Union deutscher sozialistischer Organisationen* in Großbritannien an.³²

DIE ENTWICKLUNG IN DEN JAHREN 1945–1989

In Westeuropa hatte sich der Linksozialismus trotz Krieg und Verfolgung nach 1945 rasch wieder etabliert. Schon kurz nach dem Krieg begann eine neue sich als linksozialistisch verstehende Sammlungsbewegung, die in Gruppen- und Parteigründungen mündete. In einigen Ländern musste die Bewegung neu beginnen, in anderen Ländern strukturierten sich ehemalige Gruppen und Parteien um. Sie bezogen einen Standort, der sie als eigenständige Bewegung von kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien unterschied und sich von diesen bewusst absetzte, einen eigenen Weg zum Sozialismus erstrebte, parlamentarischen und den außerparlamentarischen Kampf miteinander verbanden und die Menschen bei der Durchsetzung ihrer sozialen, politischen und kulturellen Interessen unterstützen wollte.

Linksozialismus in der Bundesrepublik Deutschland

Nach Krieg und faschistischer Herrschaft gab es in Deutschland sowohl Bestrebungen, die KPD und die SPD wieder zu gründen als auch eine gesamtdeutsche linksozialistische Einheitspartei zu bilden. Zu den ersten Gruppen, die solche «Einheitsorganisationen» verkörperten, gehörten die Antifa-Ausschüsse,³³ die dann von den Besatzungsmächten in Ost und West aufgelöst wurden. Viele LinksozialistInnen arbeiteten in den wieder gegründeten SPD und KPD mit, passten sich entweder an oder wurden ausgeschlossen. Trotz der Erfahrung mit den Splitterparteien in der Weimarer Republik gab es Versuche parteiloser Sozialisten, ausgeschlossener Mitglieder von SPD und KPD in neuen sozialistischen Parteien zu sammeln.

Der kleinste gemeinsame Nenner in diesen Gruppen war die Kritik an der Theorie und Praxis von SPD und KPD. Ein gemeinsames Ziel zu formulieren, gelang nicht, da die meisten Aktiven ihre eigenen Ziele nicht aufgeben wollten.

Die erste linksozialistische Partei nach dem Krieg war die maßgeblich von Heinrich Galm³⁴ in Offenbach 1945 gegründete *Arbeiterpartei* (AP).³⁵ Sie blieb eine Splittergruppierung, die sehr stark auf die Person Galms orientiert war, deren Ortsgruppen nicht mehr als 1.000 Mitglieder zählten und die be-

reits 1948 ihren Höhepunkt überschritten hatte. Der Versuch einer Vereinigung mit ihr nahe stehenden Parteien, wie der Sozialistischen Union Worms, gelang nicht. Seit 1950 auf Offenbach beschränkt, erfolgte 1954 die Auflösung der AP. 1951 wurde in Worms die *Unabhängige Arbeiterpartei Deutschlands* (UAPD) gegründet.³⁶ Die Initiatoren waren ausgeschlossene Mitglieder der KPD, die mit Ideen Titos sympathisierten. Interesse fanden sie bei den Mitgliedern der trotzkistischen *Internationalen KommunistInnen Deutschlands* (IKD).³⁷ Schon 1952 brach die UAPD wegen unüberbrückbarer politischer Differenzen auseinander und löste sich auf. Der größte Streitpunkt war dabei die Haltung zur Sowjetunion. Linksozialistinnen und Linksozialisten mit einer kritischen Haltung zur Sowjetunion und zur DDR suchten nach einem unabhängigen organisatorischen Zusammenhalt und lehnten eine Zusammenarbeit mit KommunistInnen in anderen linksozialistischen Gruppen ab.³⁸ So gründete sich 1950 um die Zeitschrift «Funken»³⁹ ein Diskussionskreis linker SozialdemokratInnen. Der Kreis, der marxistische Traditionen in der SPD wieder beleben wollte, hatte nie mehr als 800–1.000 Mitglieder, darunter aber eine Reihe einflussreicher sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionäre. Der Versuch nach der Bundestagswahl 1957, sozialdemokratische Linke zu sammeln und Einfluss auf die SPD-Programmdiskussion zu nehmen, scheiterte. Als der SPD-Parteivorstand Anfang 1961 den Unvereinbarkeitsbeschluss hinsichtlich einer Mitgliedschaft in der SPD und im *Sozialistischen Deutschen Studentenbund* (SDS) fasste, schlossen sich Teile des Kreises um den «Funken» daraufhin dem *Verein Sozialistische Fördergemeinschaft der Freunde, Förderer und ehemaligen Mitglieder des SDS* an. Aus ihm ging 1962/63 der Sozialistische Bund (SB) hervor.⁴⁰ Der SB wollte seine Kritik an SPD, Westintegration und Wiederbewaffnung der Bundesrepublik mit der Kritik an der Politik der Sowjetunion und der Neuen Linken verbinden und eine neue Organisationsform finden.⁴¹ 1967 wurde auf seine Initiative das *Sozialistische Zentrum* (SZ) gebildet. Zu dieser Zeit suchte der SB auch die Zusammenarbeit mit der *Vereinigung Unabhängiger Sozialisten* (VUS, gegründet 1960) und der *Deutschen Friedens-Union* (DFU, gegründet am 17. Dezember 1960 in Stuttgart). Das Zentrum zu einer neuen Partei zu formen, gelang nicht. Doch formierte sich ein Wahlbündnis für die Bundestagswahlen 1969, das aber bereits mit der Invasion des Warschauer Paktes in der ČSSR 1968 zerbrach. Gegen Ende des Jahres 1970 löste sich der *Sozialistische Bund* auf,

³² Zur Geschichte dieser Union siehe Ludwig Eiber: Die Sozialdemokratie in der Emigration. Die «Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien» 1941–1946 und ihre Mitglieder. Protokolle, Erklärungen, Materialien, Bonn 1998. ³³ Siehe dazu u. a. Lutz Niethammer/Ulrich Borsdorf/Peter Brandt (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976. ³⁴ Zu Heinrich Galm siehe: Werner Fuchs-Heinritz (zusammen mit Bernd Klemm): Heinrich Galm. Ich war halt immer ein Rebell. Politische Erinnerungen von H. und M. Galm, zusammengestellt nach Gesprächen. Nachwort von A. Mirkes, Offenbach a. Main 1980. ³⁵ Siehe Siegfried Heimann: Linksozialismus in Deutschland nach 1945, in: Thomas Meyer u. a.: Lexikon des Sozialismus, Köln 1986, S. 405–406, S. 405. ³⁶ Siehe ebenda, S. 405–406. ³⁷ Die IKD ist im Oktober 1933 als eigenständige Organisation der bis dahin innerhalb der KPD wirkenden Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten) entstanden. ³⁸ Zum Scheitern des Aufbaus einer linksozialistischen Partei in der BRD nach 1945 siehe Siegfried Heimann: Zum Scheitern linker Sammlungsbewegungen zwischen SPD und KPD/SED nach 1945: Die Beispiele USPD und UAPD, in: Rolf Ebbinghausen/Friedrich Tiemann (Hrsg.): Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland?, Opladen 1984, S. 301–322. ³⁹ Der «Funken» ist von Fritz Lamm herausgegeben worden. Zur Entstehung und den Entwicklungen des «Funken» siehe: Karlo Kreter, Sozialisten in der Adenauer-Zeit. Die Zeitschrift «Funken». Von der heimatlosen Linken zur innerparteilichen Opposition in der SPD, Hamburg 1986. ⁴⁰ Dazu Einzelheiten in: Heimann, Linksozialismus, S. 406; Eberhard Dähne SDS und Neue Linke 1959 ff: «Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht . . .», in: «Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 74, Juni 2008, S. 69–79. ⁴¹ Siehe Heimann, Linksozialismus, S. 406.

die meisten Mitglieder traten der Arbeitsgruppe *Sozialistisches Büro* (im Folgenden ebenfalls als SB abgekürzt) bei.

In den 70er-Jahren wuchs bei den *LinksozialistInnen* die Unzufriedenheit mit der SPD und der sozialliberalen Koalition. 1982 gründeten ausgeschlossene oder ausgetretene Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Partei *Demokratischer Sozialisten* (DS).⁴² Führende Mitglieder wie Manfred Coppik und Karl-Heinz Hansen kehrten der stagnierenden Partei schnell den Rücken. Eine Zusammenarbeit mit den Grünen scheiterte, 1991 löste sich die Partei, dem teilweise sogar ein linkssozialistischer Anspruch abgesprochen wird, auf.

Im Februar 1969 war die Gründung des *Sozialistischen Büros*⁴³ und der Zeitung «links» erfolgt.⁴⁴ Aktivisten aus der Friedens-/Ostermarschbewegung hatten auf eine «autonome Organisation um eine sozialistische Publikation und ein Büro»⁴⁵ orientiert, in deren Mittelpunkt die Gesellschaftsanalyse und deren praktische Umsetzung stehen sollten. Diese anti-autoritäre Organisation sollte keine Institution sein, sondern in diese hinein wirken, kommunistuskritisch, jedoch nicht antikommunistisch sein. Das SB und die Zeitschrift boten Diskussionspodien, Publikationen und Arbeitskreise zu den verschiedensten beruflichen Themen und Gruppen an. 1971 warb das SB mit Thesen für die Formierung einer unabhängigen sozialistischen Bewegung in der BRD. Es strebte «einen «Prozeß der Vereinheitlichung der sozialistischen Kräfte» in der BRD an,⁴⁶ in dem es als organisatorisches Dach fungieren wollte.

Die Wirkungsgeschichte des SB in den 70er-Jahren war in geografischer und thematischer Hinsicht groß. Im Mittelpunkt seines Organisationskonzepts stellte es Erfahrungen, Bedürfnisse und Interessen der Menschen. Dabei sollten keine Aktionen von oben durch den SB organisiert werden. 1975 scheiterte ein Thesenentwurf, der als Grundlage einer sozialistischen Programmatik gedacht war. 1979 begannen Auseinandersetzungen über die weitere Entwicklung des SB. Ein Teil der Aktiven trieb die «Antirepressionsarbeit» weiter. Sie hatte ihren Höhepunkt 1976 im Antirepressionskongress gefunden, die Kampagne gegen politische und ökonomische Unterdrückung fand hier ihren Abschluss. Ende der 70er-Jahre hatte das SB seinen Zenit erreicht, ab 1980 verstand es sich als zentrale Organisation der Alternativbewegung. Die publizistische Aktivität des SB mit der Zeitschrift «links» geriet seit 1981 in eine Krise. Das Ende der Sowjetunion, die Vereinigung Deutschlands und der Golfkrieg 1991 erschütterten das Selbstverständnis des SB, 1995 gab es die letzte gemeinsame Veranstaltung von SB und «links». 1997 wurde die Herausgabe der Zeitschrift beendet. Die Zeitschrift «express» hat bis heute als Publikation des SB überlebt. Das SB selbst war seit Ende der 80er-Jahre von der aktuellen Entwicklung abgekoppelt, als politischer Akteur tritt es kaum noch in Erscheinung. Es existiert heute jedoch noch als Herausgeber der Zeitschrift «Widersprüche».

Seit Ende der 60er-/Anfang der 70er-Jahre sind in der BRD mehrere sozialistische und linkssozialistische Zeitschriften und Zeitungen herausgegeben worden. Die Zeitschrift «Sozialistische Politik» (SoPo) erschien als sozialistische Publikation für Politikologie und Sozialwissenschaften in Berlin (West) von April 1969 bis Dezember 1978. Zu Beginn der 70er-Jahre kam es in der Redaktionskonferenz zwischen dem Redaktionskollektiv um Joachim Bischoff und Heinz Bierbaum und der Mehrheit der Redaktionskonferenzmitglieder zu

Auseinandersetzungen über die politische Ausrichtung der Zeitschrift.⁴⁷ Nach Ansicht der Mehrheit der Redaktionskonferenz orientierte sie sich politisch zu sehr auf die SEW und die DKP, sie gründete daher 1971 eine eigene neue Zeitschrift «Probleme des Klassenkampfes – Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik» (PROKLA). Im Dezember 1978 wurde die Herausgabe der «SoPo» nach 46 Ausgaben eingestellt. Seit 1972 geben Joachim Bischoff und Heinz Bierbaum zusammen mit Klaus Bullan, Frank Deppe, Otto König, Sybille Stamm, Michael Wendl und den Sozialistischen Studiengruppen e. V. (SOST) die Zeitschrift «Sozialismus» heraus. Personell und organisatorisch ist diese Zeitschrift eng mit dem Projekt Klassenanalyse⁴⁸ sowie dem Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung (VSA) in Hamburg verbunden.

Linksozialismus in Frankreich

In Frankreich ist der Linksozialismus eng mit dem Begriff der *Zweiten Linken* verbunden. Diese ist ein Gemisch linker Strömungen, die sich Anfang der 60er-Jahre von der *Ersten Linken* abgesetzt hatten. Mit dem Begriff der *Ersten Linken* ist der ursprünglich kommunistische Mehrheitsflügel der Arbeiterbewegung, die *Französische Kommunistische Partei* (Parti communiste français – PCF) und ihre Gewerkschaft *Allgemeiner Gewerkschaftsbund* (Confédération Générale du Travail – CGT) und die alte *Sozialistische Partei* (Section Française de l'Internationale Ouvrière – SFIO) gemeint. Die *Zweite Linke* hat sich in Frankreich nicht in Splittergruppen aufgeteilt, sondern Parteien und Gewerkschaftsorganisationen gegründet, die zeitweilig der *Ersten Linken* das Repräsentationsmonopol streitig gemacht haben «und als echte Quellen der Erneuerung linker Theorie und Praxis erwiesen haben»⁴⁹. Die Zweite Linke berief sich immer wieder auf sozialistische Strömungen vor 1945 in Frankreich, die weder sozialdemokratisch noch «leninistisch» waren (Anarchisten, Syndikalisten, Frühsozialisten usw.). 1958 gründete sich die *Unabhängige Sozialistische Partei* (Parti Socialiste Autonome – PSA) 1960 umbenannt in *Sozialistische Einheitspartei* (Parti Socialiste Unifié – PSU), als eine Alternative zu Kommunistinnen, Kommunisten, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. In den 1960er-Jahren übernahm die bereits seit 1946 existierende sozialistische Fraktion *Neuaufbau* (*Resconstruction*) der Gewerkschaft *Französischer Bund christlicher Arbeiter* (Confédération française des travailleurs chrétiens – CFTC) die CFTC und gestaltete sie zum linkssozialistischen *Französischen Demokratischen Gewerkschaftsbund* (Confédération française démocratique du travail – CFDT) um. Im Mai 1968 wurde sie zur führenden Kraft und zum Bezugs- und Sammlungspunkt der *Zweiten Linken*. Zum ideologischen Kernpunkt wurde das Konzept der Arbeiterselbstverwaltungswirtschaft mit vergesellschafteten Betrieben und demokratischer Planung, mit dem eine Abgrenzung von Strategien, «die den Sozialismus qua staatlicher Reform oder kadermäßig organisierter Revolution «einführen» wollen» erfolgte, an Stelle der

⁴² Siehe dazu Uwe Arndt u. a.: Die Demokratischen Sozialisten. Von der Schwierigkeit der Bildung einer linkssozialistischen Partei, Frankfurt a.M. 1990. ⁴³ Siehe dazu Oy, Spurensuche. ⁴⁴ Sozialistisches Büro (Hrsg.): Für eine neue sozialistische Linke. Analysen. Strategien. Modelle, Frankfurt a.M. 1973. ⁴⁵ Oy, Spurensuche, S. 254. ⁴⁶ Ebenda, S. 256. ⁴⁷ Dazu siehe Sozialistische Politik. Nachdruck ausgewählter Beiträge aus Heft 1–10. Auswahl-Reprint. Mit einem Nachtragheft, Erlangen 1974. ⁴⁸ Siehe dazu Heiko Asseln: Darstellung und Kritik philosophischer und politisch-soziologischer Ansätze des «Projekt Klassenanalyse» (PKA), Köln 1979. ⁴⁹ Claus Leggewie: Sozialistische Parteien in Frankreich/Zweite Linke, in: Thomas Meyer u. a., Lexikon des Sozialismus, S. 406–407. ⁵⁰ Ebenda, S. 407.

Organisationsmacht der Apparate sollte die Selbstständigkeit «mündiger Bürger und Produzenten» treten.⁵⁰ Seit dem Ende der 70er-Jahre fand die Selbstverwaltungsidee kaum noch Interesse, ihre Protagonisten hatten sich größtenteils der neu gegründeten *Sozialistischen Partei* (Parti Socialiste) angeschlossen. Nach 1981 war die *Zweite Linke* Juniorpartner der Linksregierung. Realistische sozialistische Alternativen als Antwort auf die sozialen Folgen der Wirtschaftskrise konnte allerdings auch sie nicht anbieten.

Linkssozialismus in Italien

In Italien sammelte sich der Linkssozialismus in der *Neuen Linken* oder in der «unabhängigen» Linken, die ein sehr breites Spektrum umfasste. Ihre Entstehung verdanken sie der politischen und kulturellen Hegemonie der *Italienischen Kommunistischen Partei* (Partito Comunista Italiano – PCI) in der italienischen Arbeiterbewegung. Diese ergab sich aus dem Umstand, dass die *Sozialistische Partei Italiens* (Partito Socialista Italiano – PSI) nach langen parteiinternen Auseinandersetzungen seit ihrer Koalition ab 1962/1963 mit den italienischen Christdemokraten politisch in die Mitte des italienischen Parteienspektrums gerückt war. Zwischen radikal-demokratischer Politik und basisnaher Klassenaktion blieb ein Terrain, das von der PCI nicht vollständig und glaubwürdig ausgefüllt werden konnte. Die Grenzen waren jedoch immer fließend, sie wurden durch neue gesellschaftliche Mobilisierungen (z. B. 68er-Bewegung) erweitert oder auch eingengt. In den 50-er und 60-er Jahren gelang es der PCI nach Ansicht vieler politisch Aktiver und Interessierter noch nicht, sich vollständig vom Stalinismus zu lösen, während die Politik der PSI immer neokapitalistischer wurde. In dieser Zeit waren mehrere Initiativen und Gruppen einer linkssozialistischen Strömung, die sich von beiden Parteien abgrenzten, entstanden. So sammelten sich um die von R. Panzieri herausgegebene Zeitschrift «Quaderni Rossi» in Turin und anderen Städten Norditaliens betriebliche Aktivisten und unabhängige Intellektuelle aus PCI und PSI. Sie bemängelten, dass die Linke den Kontakt zur betrieblichen Arbeitswelt verloren hatte. Über die so genannte «Arbeiteruntersuchung» versuchten sie, die durch die technologische Entwicklung neue Zusammensetzung der Arbeiterschaft zu einer neuen Arbeitspolitik zu nutzen. «Der «subjektive Faktor» des «Arbeiterstandpunkts» wurde später auch zum theoretischen und politischen Schlüssel des so genannten «Operaismus» (M. Tronti, A. Negri), einer bewusst «einseitigen» Lektüre der kapitalistischen Gesellschaft als Produkt der Arbeitskämpfe.»⁵¹ 1966 kam es zu einer kurzzeitigen Wiedervereinigung der PSI mit der *Italienischen Sozialdemokratischen Partei* (Partito Socialista Democratico Italiano – PSDI) zur *Vereinigten Sozialistischen Partei* (Partito Socialista Unitario – PSU), die aber schon 1969 im «Heißen Herbst» wieder zerbrach. Der linkssozialistische Flügel spaltete sich ab und traten der *Italienische Sozialistische Partei der proletarischen Einheit* (Partito Socialista Italiano di Unità Proletaria – PSIUP) bei. Diese Partei fand vor allem unter Gewerkschafts- und Betriebsaktivisten viel Interesse. Sie berief sich auf Rosa Luxemburg und trat für einen radikaldemokratischen Massenkampf ein, der als Voraussetzung für Sozialismus gesehen wurde. Im «Heißen Herbst» 1969 verband sich in Italien der Studentenkampf mit den Arbeitskämpfen. Die daraus entstandene Bewegung beeinflusste die Organisationen und Parteien der

Arbeiterbewegung. Bis 1974 entwickelte sich aus der Studentenbewegung und der von den Gewerkschaften vernachlässigten (jüngeren) norditalienischen Arbeitergeneration eine Massenbewegung Zehntausender sogenannter Militanter. Diese stellten sich bewusst gegen die PCI und bildeten die Basis für verschiedene Parteien der *Neuen Linken*, die allerdings Mitte der 70er-Jahre vielfach wieder verschwanden oder bedeutungslos wurden. Zu den wichtigsten Gruppen gehörten:

- Die *manifesto-Gruppierung* wurde von wegen Fraktionismus ausgeschlossenen Mitgliedern der PCI gegründet. Die Gruppe wollte die traditionelle sozialistisch-kommunistische Bewegung mit der 68er-Bewegung verbinden, um so einen neuen revolutionären Block als Träger der Revolution im Westen zu schaffen. Für sie gab es keinen Bruch zwischen alter und neuer Linken, wodurch sie andere radikale Gruppen nicht für die Gründung einer einheitlichen Partei der Neuen Linken gewinnen konnte. Daran zerbrach die Gruppe. Ende der 70er-Jahre gab es nur noch die Zeitung «il manifesto» sowie die kleine *Partei der proletarischen Einheit* (Partito di Unità Proletaria – PdUP), die 1984 in der PCI aufging.
 - Die Gruppen *Lotta Continua* und *Potere Operaio* engagierten sich besonders in den Arbeiter- und Fabrikkämpfen (sie waren Vertreter der politischen Konzeption des *Operaismus*). Ihre strategische Perspektive war die Arbeiterautonomie, verstanden als Autonomie des Arbeitskampfes, der sich gegen die Sachzwänge der Kapitalverwertung und gegen die traditionellen Arbeiterorganisationen richtete. Ihre Strukturen der Fabrikkämpfe, entwickelt im «Heißen Herbst», versuchten sie noch aufrecht zu halten, als die Gewerkschaften diese Formen schon längst übernommen hatten. Die Strategie der Arbeiterrevolte, den Lohnkampf bis an die Schwelle des bewaffneten Aufstandes voranzutreiben, scheiterte, da die Gewerkschaften und die PCI mittlerweile wieder erstarkt waren und aus dem «Heißen Herbst» gelernt hatten. Beide Gruppen lösten sich in den 70er-Jahren auf, verließen die Fabriken und wandten sich der *Stadtteilbewegung* zu, die Kritik der neuen Frauenbewegung an deren männerdominierten Politikformen gab 1974 den letzten Anstoß zur Auflösung.
 - Mitte der 70er-Jahre gründeten Reste der linkssozialistischen Strömungen und verschiedene maoistische Gruppen (u. a. *Avanguardia Operaia*) die kleine linksradikale Partei *Proletarische Demokratie* (Democrazia Proletaria – DP). Nachdem sich der größte Teil der Mitglieder Ende 1991 der *Partei der Kommunistischen Wiedervereinigung* (Partito della Rifondazione Comunista – PRC) angeschlossen hat, existiert die DP heute noch als kleine Restpartei. Die kleinen Linksparteien versuchten, die PCI links zu übernehmen, Ende der 70er-Jahre war die Neue Linke jedoch gescheitert.
- Der Neuen Linke Italiens ist es zwar nicht gelungen, ihren politischen Anspruch umzusetzen, eine Revolution zu machen. Kulturell hat sie aber einiges bewegt. Nachdem die PCI mit den Christdemokraten ab 1973 den «Historischen Kompromiss» einging, führte dies zu einem Bruch mit der neuen Studenten- und Jugendrevolte.

Aus diesem Konflikt profitierte eine kleine Bürgerrechts- und Bewegungspartei, die *Radikale Partei* (Partito Radicale), die sozialen Protest und Politik zu vereinen suchte. Ihre Medienstrategie, durch Aktionen in Fernsehen und Presse einzelne Bürgerrechte durchzusetzen, schadete ihr aber mehr, als dass sie ihr nützte.

In den 80er-Jahren gab es in Italien parteiunabhängige ökologische und pazifistische Proteste, die von Resten der Neuen Linken und christlichen Basisgruppen getragen wurden. Eine neue politische Partei entwickelte sich aus diesen Initiativen vorerst nicht. Dies verhinderte unter anderem die PCI durch ihr offenes und flexibles Verhältnis zu diesen Initiativen.

Linksozialismus in Skandinavien

In Skandinavien existiert seit längerer Zeit neben den kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien eine linksozialistische Bewegung, die innerhalb der Gesellschaft einen nicht unerheblichen politischen Einfluss hat.⁵² Mehrere linksozialistische Parteien sind sowohl in kommunalen als auch in nationalen Parlamenten vertreten, oft mit besseren Wahlergebnissen als die traditionellen kommunistischen Parteien. Die linksozialistischen Parteien streben einen eigenständigen Weg zum Sozialismus an. Ihre Entstehungsgeschichte ist sehr unterschiedlich.

Die älteste der linksozialistischen Parteien ist die dänische *Sozialistische Volkspartei* (Socialistik Folkeparti – SF). Sie wurde 1958 von Mitgliedern der KPDä gegründet, die aus der Partei wegen revisionistischer Tendenzen ausgeschlossen worden waren. Die politische Ausrichtung der SF war damals eurokommunistisch. In ihr sammelten sich linke Sozialdemokratinnen, Sozialdemokraten und bürgerliche Pazifisten aus der Anti-Atomwaffen-Bewegung. Ihre Mitgliederzahl wuchs bis Anfang der 60er-Jahre rasch an (ca. 5.000). Auch bei Wahlen hatte sie gute Erfolge und gehört seither zu den etablierten Parteien Dänemarks. Mitte der 60er-Jahre kam es in der SF zu Konflikten zwischen den parlamentarisch-reformistischen Gründungsmitgliedern (vor allem Arbeitern) und den anti-autoritär-außerparlamentarischen jüngeren Mitgliedern (vor allem Studenten und Intellektuellen vertreten). Kritisiert wurde von deren Parteilinken, dass die Partei die sozialdemokratische Minderheitenregierung entgegen ihrem eigenen Programm stützte. Zur Spaltung kam es, als die Mehrheit der SF-Abgeordneten sowohl einer unsozialen Mehrwertsteuer als auch dem Verteidigungshaushalt zustimmte.

Die neue Partei *Linksozialistischen* (Venstresocialisterne – VS) Dänemarks wurde zum Sammelbecken etlicher linker Splittergruppen und antiautoritär-außerparlamentarischer Gruppen. Dadurch war die VS wesentlich zerstrittener als die SF und entwickelte nur Minimalforderungen. Das führte in der Folge zu Abspaltungen, so dass die Partei immer mehr schrumpfte. Einen Aufschwung erlebte die VS in der Krise Mitte der 70er-Jahre, als die Reformpolitik der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an ihre Grenzen kam, doch zu einer starken Kraft innerhalb der Linken wurde sie nicht. In den 80er-Jahren haben sich VS und SF wieder angenähert, ohne eine Wiedervereinigung anzustreben. Mittlerweile hatte die SF einen Linksruck erlebt und sich von ihrer Haltung, eine bloße Parlamentspartei zu sein, verabschiedet. Mitte der 80er-Jahre vertrat sie eine Kompromissposition zwischen Parlamentarismus und Rätedemokratie. Sie wollte die sozia-

listische Gesellschaft durch Reformen erreichen. Die VS, die sich als revolutionäre Partei versteht, hielt das für illusorisch. In Norwegen gab in den 50er-Jahren ein Kreis linker Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (teilweise ehemalige Kommunistinnen und Kommunisten) die oppositionelle Zeitung «Orientering» heraus. Seine Mitglieder kämpften gegen die Westintegration und Atombewaffnung des Landes. 1961 gründeten dessen führende Mitglieder die *Sozialistische Volkspartei* (Sosialistisk Folkeparti – SF), nachdem sie aus der *Norwegischen Arbeiterpartei* (Det norske Arbeiderparti – DNA) ausgeschlossen worden waren. Auf Grund der strengen Parteidisziplin der DNA schlossen sich nur wenige DNA-Linke der neuen Partei an. Die SF verfolgte außenpolitisch eine Politik der Neutralität und forderte Bündnisfreiheit. Innenpolitisch profilierte sie sich wenig. 1973 war sie zusammen mit der *KP Norwegens* und dem Arbeiterinformationskomitee⁵³ an der Gründung der *Sozialistischen Wahlallianz* der EG-Gegner beteiligt. Das Hauptziel der Allianz «bestand darin, den Sieg der Europagegner bei der Volksabstimmung über den EG-Beitritt parlamentarisch abzusichern und zu verteidigen.»⁵⁴ Da das Bündnis bei den Parlamentswahlen 1973 einen großen Erfolg erzielte, entschlossen sich die Bündnispartner, eine neue Linkspartei zu gründen. Die *KP Norwegens* beteiligte sich daran aber nicht mehr und blieb eigenständig, während die SF in der im Jahr 1975 neu gegründeten *Sozialistischen Linkspartei* (Sosialitisk Venstreparti – SV) und ihr Parteiorgan «Orientering» in der neuen Zeitung «Ny Tid» aufgingen. Die SV vertrat glaubhaft die Anliegen der neuen sozialen Bewegungen, was dazu geführt hat, dass sich im norwegischen Parteiensystem in dieser Zeit keine grüne Partei herausgebildet hat.

In Schweden ist der Linksozialismus eng verbunden mit der heutigen Linkspartei, die aus der früheren *Kommunistischen Partei Schwedens* entstand. In den 50er-Jahren stand die kommunistische Partei noch vorbehaltlos zu den sozialistischen Ländern, deren Politiken und Entwicklungen. Das änderte sich erst 1962 nach dem schlechten Abschneiden der *Kommunistischen Partei Schwedens* bei den Kommunalwahlen. Unter ihrem damaligen Vorsitzenden C. H. Hermansson setzte ein Wandlungsprozess ein, der verhinderte, dass die Partei in die Bedeutungslosigkeit versank. Die *Kommunistische Partei Schwedens* entwickelte sich zu einer demokratischen kommunistischen Linkspartei. 1967 verabschiedete sie ihr neues, eurokommunistisches Programm, das keinen Bezug mehr auf den «Leninismus» oder den demokratischen Zentralismus nahm. Die Veränderung der Partei führte zu einem Ansteigen der Mitgliederzahl. Viele Menschen, die sich der Neuen Linken zugehörig zählten, traten in die neue Linkspartei ein. Das führte dazu, dass sich die Partei wieder erneut radikalisierte. 1969 benannte sich die KP in *Kommunistische Linkspartei* (Vänsterpartiet Kommunisterna – VPK) um und erklärte sich zu einer revolutionären Partei, die sich deutlicher von der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* (SAP) abgrenzen wollte als die alte KP Schwedens. Dies führte zu

⁵² Zu den linksozialistischen Parteien in Skandinavien siehe Frauke Rubart: Linksozialistische/eurokommunistische Parteien in Skandinavien, in: Thomas Meyer u. a., Lexikon des Sozialismus, S. 410–412. ⁵³ Das Arbeiterinformationskomitee war 1972 von linken SozialdemokratInnen mit dem Ziel gegründet worden, innerhalb der Arbeiterpartei und in den Gewerkschaften über die negativen Aspekte des von der DNA-Spitze angestrebten EG-Beitritts zu informieren. ⁵⁴ Rubart, Linksozialistische/eurokommunistische Parteien, S. 411.

Auseinandersetzungen mit den Traditionalisten innerhalb der Partei. Diese missbilligten den schärferen Kurs gegenüber der SAP und meinten, dass die VPK sich von einer Arbeiterpartei zu einer Akademiker- und Mittelschichtenpartei gewandelt hätte. Die Traditionalisten spalteten sich 1977 ab und gründeten die *Kommunistische Arbeiterpartei* (Arbetarpartiet Kommunisterna – APK). In den folgenden Jahren näherte sich die VPK immer mehr den neuen sozialen Bewegungen an. 1987 wurde «kommunistisch» aus dem Parteinamen gestrichen. Grund war die Abkehr von ihrer kommunistischen Vergangenheit, die aber nur halbherzig aufgearbeitet wurde, was der Partei in der Folgezeit immer wieder Schwierigkeiten einbrachte.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Linksozialismus in den Ländern

Nach 1945 wurden in allen hier aufgeführten Ländern Parteien links von den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und in Abgrenzung von den Kommunistinnen und Kommunisten gegründet. Diese Entwicklung hat sich bis heute fortgesetzt. Der Hauptgrund zur Gründung neuer linken Parteien oder Gruppen war die Kritik an den bestehenden sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterparteien. In Italien und Schweden bezog sich die Kritik vor allem auf die kommunistischen Parteien. An den kommunistischen Parteien wurden deren Haltung zu den sozialistischen Ländern und besonders ihr Verhältnis zur Sowjetunion sowie deren Sozialismusverständnis kritisiert. Die Linksozialistinnen und Linksozialisten, die sich nicht als antikommunistisch, sondern als Kritiker der «moskautreuen» Parteien und deren politischen Kurs verstanden, suchten einen anderen Weg zum Sozialismus.

Die Gründung der linksozialistischen Parteien und Gruppen erfolgte durch Aktivisten, die mit den beiden alten Arbeiterparteien nicht zufrieden waren, oder durch ehemalige Mitglieder, die aus diesen ausgetreten waren oder ausgeschlossen wurden. Wie in der Bundesrepublik, Italien und Norwegen gab es Sammlungsbewegungen um Zeitschriften herum. Viele dieser zumeist kleineren Parteien und Gruppen lösten sich nach nicht all zu langer Zeit wieder auf. Manche Gruppen, die gegründet wurden, um Einfluss auf die Mitglieder und die Politik der beiden traditionellen Parteien zu nehmen, vereinigten sich später – wie in Deutschland – wieder mit diesen. Andere arbeiteten mit diesen beiden Parteien zusammen, wie etwa in Skandinavien.

Viele Gruppen und Parteien einte lediglich die Kritik an den beiden traditionellen Arbeiterparteien, dies reichte aber als Grundlage einer dauerhaften eigenständigen Politik nicht aus. Es fehlte eine gemeinsame Theorie und deren Umsetzung in die Praxis. Dies gelang lediglich in Italien und hatte Ausstrahlung auf das «Sozialistische Büro» in Deutschland.

Es gab – wie in der BRD und in Italien – auch Gruppen, die bewusst nicht den Status einer Partei annehmen wollten. Andere gründeten sich bewusst als Parteien mit dem Ziel, an Wahlen teilzunehmen. Etliche erhielten aber bei den Wahlen kaum Stimmen und blieben unbedeutend. Andere wiederum konnten den etablierten Parteien Paroli bieten und waren sehr erfolgreich. Etliche Parteien und Gruppen erlebten zahllose Spaltungen und splitterten sich immer weiter auf oder vereinigten sich schließlich wieder mit einer der beiden Arbeiterparteien.

Bemerkenswert ist, dass die Gewerkschaften bei vielen linksozialistischen Parteien und Gruppen offensichtlich kaum eine Rolle spielten. Eine Ausnahme bildete Frankreich, was sich mit der syndikalistischen Entwicklung in der Politik erklären lässt. Die Arbeitswelt ist zwar ein Dreh- und Angelpunkt linksozialistischer Theorie und Politik, aber die Gewerkschaften wurden nicht als Vertreter der Arbeiter gesehen. Es gab jedoch auch keine – wie z. B. bei den *RäteKommunistinnen und RäteKommunisten* in den Niederlanden – theoretisch begründete Ablehnung der Gewerkschaften. Nur bei den Gruppen, die sich bewusst nicht als Partei verstanden, ist aus dem Konzept der Arbeiterautonomie und Selbstverwaltung zu ersehen, warum bei ihnen die Gewerkschaften keine Rolle spielten: Sie setzten auf den «mündigen Bürger». Ebenfalls ist auffällig, dass es außer in Italien in keinem Land gelungen war, 1968 und in den Jahren danach zwischen der Studenten- und der Arbeiterschaft eine Verbindung herzustellen. Ein wichtiges Ziel aller LinksozialistInnen wurde bislang in keinem Land erreicht: eine von ihnen angestrebte «Revolution im Westen».

NEUERE LITERATUR

Zur aktuellen und vertieften Lektüre über das Thema Linksozialismus sei vor allem auf die beiden folgenden neuen Veröffentlichungen hingewiesen:

Klaus Kinner (Hrsg.): DIE LINKE – Erbe und Tradition Teil 2: Wurzeln des Linksozialismus

Karl-Dietz Verlag, Berlin 2010, 320 S., Hardcover, 24,90 EUR

Christoph Jünke (Hrsg.): Linksozialismus in Deutschland. Jenseits von Sozialdemokratie und Kommunismus?

VSA-Verlag, Hamburg 2010, 288 Seiten,

EUR 18.80 sFr 33.40, ISBN 978-3-89965-413-4

LINKSSOZIALISTISCHE GRUNDPOSITIONEN

Einige allen aktuellen linksozialistischen Positionen gemeinsame Charakteristika sowie gemeinsame Merkmale linksozialistischer Organisationen lassen sich wie folgt bestimmen (Vgl. dazu: Barmgarten 1982, S. VIII; Franzke/Rempe 1998, S. XIII–XIV):

- Der Linksozialismus entstammt aus der Auseinandersetzung mit den theoretischen und praktischen Positionen der sozialdemokratischen oder der kommunistischen Parteien.
- Der Linksozialismus steht wesentlich in der – undogmatischen – Tradition der Ansichten von Karl Marx und Friedrich Engels.
- Der Linksozialismus ist eine revolutionäre, nicht reformistische Strömung innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung.
- Der Linksozialismus grenzt sich nicht nur gegenüber der Politik der kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien ab, er steht auch der Theorie sowie der Praxis der Gruppen der so genannten radikalen Linken, trotzkistischen, maoistischen und spontaneistischen Konzeptionen und ihren Traditionen, kritisch gegenüber.
- Der Linksozialismus strebt nicht nur eine Veränderung des Kapitalismus, sondern seine Überwindung und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft an.
- Der Linksozialismus versucht, eine Verbindung zwischen der sozialistischen Arbeit innerhalb und außerhalb der Parlamente herzustellen.

- Der Linksozialismus bemüht sich nach dem Zweiten Weltkrieg um eine Verbindung von ArbeiterInnenbewegung und anderen sowie neuen sozialen Bewegungen. Er will vor allem auch den Forderungen der Frauenbewegung, unterdrückter Minderheiten, der Friedens- und Ökologiebewegung und der Gewerkschaftslinken einen politischen Ausdruck verleihen.
- Linksozialistinnen und Linksozialisten lehnen jedwede Diskriminierungen ab, seien es ethnische, religiöse, weltanschauliche, geschlechtliche, altersmäßige Diskriminierungen, Diskriminierungen auf Grund einer sexuellen Orientierung oder Diskriminierungen auf Grund eines Handicaps.
- Linksozialistinnen und Linksozialisten lehnen jedwede Form von diskriminierendem Nationalismus, von Rassismus und von Faschismus ab.
- Der Linksozialismus stellt die zentrale Bedeutung von Demokratie, Basisinitiative und Selbstverwaltung im sozialistischen Konzept heraus und lehnt einen Avantgardismus ab.
- Der Linksozialismus strebt eine tatsächliche Vergesellschaftung, nicht nur eine bloße Verstaatlichung, wichtiger Produktionsmittel an.
- Linksozialistinnen und Linksozialisten sind stets InternationalistInnen.
- Linksozialistinnen und Linksozialisten suchen und fördern neben nationalen Diskussionsprozessen vor allem auch internationale Diskussionen.
- Linksozialistinnen und Linksozialisten betonen die Notwendigkeit eines undogmatischen Marxismusverständnisses. Sie versuchen, die Konzepte neuerer sozialistischer Theoretiker und emanzipatorischer Bewegungen in ihre programmatischen Orientierungen einzubeziehen.
- Linksozialistinnen und Linksozialisten repräsentieren ein relativ breites Meinungsspektrum.
- Der Linksozialismus ist nicht in erster Linie eine Organisationsfrage. Er ist vielmehr vor allem eine politische Aufklärungsbewegung.

- Der Linksozialismus ist ein parteiübergreifendes Phänomen.
- In einigen europäischen Ländern (Norwegen, Schweden, Dänemark, Deutschland) ist der *Linksozialismus* seit längerer, oder sogar seit langer Zeit ein allgemein anerkannter politischer Faktor innerhalb und außerhalb der Parlamente.
- Wo sich Linksozialistinnen und Linksozialisten organisieren, das ist ihre eigene – durch ihre jeweiligen individuellen Biographien bestimmte – Angelegenheit. Sie sind nicht unbedingt Mitglieder in Parteien und anderen Organisationen, sondern sie sind oftmals lediglich locker organisiert.

BAUMGARTEN, JÜRGEN (Hrsg.)(1982): Linksozialisten in Europa. Alternativen zu Sozialdemokratie und kommunistischen Parteien; Hamburg 1982.

BUSCHAK, WILLY: Das Londoner Büro. Europäische LinksozialistInnen in der Zwischenkriegszeit; Amsterdam 1985, ISBN 90-6861-001-5.

FRANZKE, MICHAEL/REMPE, UWE (HRSG.)(1998a): Linksozialismus. Texte zur Theorie und Praxis zwischen Stalinismus und Sozialreformismus; Leipzig 1998.

FRANZKE, MICHAEL/REMPE, UWE (1998b): Vorwort; in: Franzke/Rempe 1998a, S. VII–XIX.

KRITIDIS, GREGOR: Linksozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland; Hannover 2008, ISBN 10-3930345617

Andreas Diers – Jurist und Historiker in Bremen, Promotion 2005 über den Linksozialisten Wolfgang Abendroth (die Promotion ist 2006 im VSA-Verlag Hamburg veröffentlicht worden). Mitglied der Rosa-Luxemburg-Initiative ^ Bremer Forum für Bildung, Gesellschaftsanalyse und -kritik e.V.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
 Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
 Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
 Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de